

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohonorarpreis monatlich 1 M., vierfachjährlich 3 M.; durch die Zeit belagen monatlich 1,50 M., vierfachjährlich 4,50 M. — Zeits- und Verlagsaufstellungskosten pro Seite 25 Pf. — Verhandlungen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Haubmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiesenhauer Straße 33–42. Telefon-Nr. 73 a. 80. Telegramm-Adr.: Altvorstand Bochum.

Bergarbeiter des Ruhr-Reviers!

Durch die Verhandlungen vom 9. April mit dem Minister Bauer, den Bechenvertretern und den vier Bergarbeiterverbänden wurde die Einführung des Siebenstundentages für die Untertagsarbeiter beschlossen mit Ein- und Ausfahrt von Bank zu Bank. Der Lohn wird die gleiche Höhe behalten wie bei der Achstundentagszeit. Eine Kommission soll weiter darüber beurteilen, ob die Einführung der Schichtstundentagszeit ohne Schädigung der Volkswirtschaft möglich ist.

In der Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappelschaftsvereins vom 10. April wurde auch insoweit den Forderungen der Bergarbeiter entgegengekommen, daß der Grundlohn auf 10 Mark festgesetzt wurde. Davon werden 75 Prozent als höchstes Spartakusgeld gezahlt. Die Reichsversicherungsordnung sieht als Höchstgrenze 10 Mark Grundlohn laut Bundesratsverordnung vor und konnte deshalb nicht weiter entgegengekommen werden.

Die Reichsinvaliden-, Witwen und Waisen sollen von jetzt ab die doppelte Tenerungszulage erhalten. Das Sterbegeld steigt automatisch mit der Erhöhung des Grundlohns, da es den 30fachen Vertrag des selben ausmacht. Das Entgegenkommen von Bechenvertretern und Knappelschaftsverein bedingt nun die schleunigste Verständigung des Streites.

Kameraden! Wir fordern euch deshalb auf: Nehrt zur Arbeit zurück!

Lasst die Bechen nicht ersaußen, denn unendliche Not und großes Elend wüdet ihr für euch, eure Frauen und Kinder, sowie für das ganze arbeitende Volk herausbeschwören.

Mächt wahnwitzigen Politikern, die den Umsturz wollen, düst ihr folgen, sondern als vernünftige Kameraden und Familienväter müßt ihr an die Zukunft denken!

Folgt euren Kameraden, euren Führern, denen ihr jahrgeschüttlang Vertrauen geschenkt habt, lasst euch nicht von neuangearbeiteten unverantwortlichen Elementen ins Elend stürzen.

Helft auszubauen!

Gebietet dem Niederreichen Einhalt!

Haltet fest an eurer Organisation, die auch weiterhin versuchen wird, eure Lage immer mehr zu verbessern!

Denkt an den Spruch der amerikanischen Bergarbeiter:

**Vereinigt stehen wir;
uneinig fallen wir!**

Die vier Bergarbeiterverbände.

Von Spartakus genossen.

Am 30. März beschloß bekanntlich die von Spartakus gerichtete Essener Konferenz den Generalstreik der Ruhrbergarbeiter ab 1. April, aber bisher sind noch keine Forderungen bei den in Betracht kommenden Stellen eingereicht. Es kam Spartakus mithin gar nicht darauf an, die erhobenen Forderungen durchzuführen, sondern nur daran, die Bergarbeiter in den Streik zu treiben, um sie so seinen politischen Zielen dienstbar zu machen. Das beweisen auch die Forderungen selbst. Nur wenige Forderungen sind wirtschaftlicher, die weitauß meistens dagegen politischer Art. Es wurde gefordert:

1. Sofortige Einführung der Schichtstundentagszeit mit Ein- und Ausfahrt für Bergarbeiter unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer gezahlten Lohnes;
2. 25 Prozent Lohnerhöhung;
3. Regelung der Knappelschaftsfragen;
4. Anerkennung des Rötefests;
5. sofortige Durchführung der hamburgischen Punkte (betreffend Kommandogewalt);
6. sofortige Freilösung aller politischen Gefangenen;
7. sofortige Bildung eines revolutionären Arbeitermeeres;
8. sofortige Auflösung aller Freiwilligenkorps;
9. sofortige Aufzehrung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung;
10. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Reich;
11. Bezahlung der Streikschichten.

Für die wirtschaftlichen Forderungen, soweit sie erfüllbar sind, treten auch wir ein. Wir haben seit Oktober 1918 in allen Bergrevieren eine Verkürzung der vorher 8½ bis 10-stündigen Untertagszeit auf 7 bis 8 Stunden erreicht und fordern die schriftweise weitere Schichtverkürzung auf 6 Stunden für die Untertagsarbeiter. Für Regelung des Knappelschaftswesens, angemessene Entlohnung, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter usw. kämpfen wir schon seit Jahrzehnten. Wenn wir bisher nicht mehr erreichen konnten, dann sind davon hauptsächlich die Novemberberge, die gelben und unorganisierten Schleimer und Speicheldecker schuld, die sich jetzt vielfach überradikal gehärdert und Spartakus Gesellschaft leisten. Als Vammeträger im Kampfe für die Befreiung der Arbeiter hat sich unser Verband seit beinahe 30 Jahren in jeder Beziehung bewährt. Wir müssen es aber ablehnen, uns Spartakus in der gewünschten Weise dienstbar zu machen.

Spartakus will auch den Bergarbeitern nicht helfen, sonst hätte er die wirtschaftlichen Forderungen bei den in Betracht kommenden Stellen einreichen müssen. Am 30. März wurde der Generalstreik beschlossen, aber bisher sind noch keine Forderungen weder bei dem Bechenverband noch bei der Knappelschaftsverwaltung eingereicht. Das kommt an wie ein Stück aus dem Tollhaus. So springt Spartakus mit den Interessen der Bergarbeiter um. Sie sind ihm Mittel zum Zweck. Bruder Bergmann ist ihm lediglich das Versuchskaninchen und Bruder Bergmann hat sich bisher auch nur zu willig den Spartakuszielen dienstbar gemacht.

Diesem frevelhaften Spiel mit den Interessen der Bergarbeiter blicken die Verbände nicht ruhig zusehen. Sie haben eingegriffen und schon am 7. April mit dem Bechenverband verhandelt. Weil es zu keiner Einigung kam, wurde die Vermittlung des Reichsarbeitsministers Gustav Bauer angerufen. In Erwartung desselben versam-

melten sich die Vertreter der Bergarbeiterverbände und des Bechenverbandes wieder am 8. April. Aber erst am 9. April konnte Bauer eintreffen und es kam zu sehr langen Verhandlungen, die zu einer Verständigung führten.

Am 10. April wurde dann über die Knappelschaftsforderungen verhandelt. Schon vorher war darüber verhandelt worden. Auch hierbei kam es zu einer Verständigung. Nur ihren Organisationen haben es die Bergarbeiter mithin zu verdanken, wenn sie den sichtbaren Verhängnis entgangen sind, in daß sie von Spartakus geführt wurden. Während die Bergarbeiterverbände aber um die Interessen der Bergarbeiter kämpften, wurden sie draußen von Spartakus und seinen fragwürdigen Freunden beschimpft und heruntergerissen. Es wurde ihnen das Recht abgesprochen, im Namen der Bergarbeiter zu reden und zu verhandeln. Wo aber waren die Bergarbeiter geblieben, wenn die Bergarbeiterverbände sich ihrer nicht in so talkunstiger Weise angenommen hätten?

Siebenstundentagszeit bewilligt!

Die Konferenz im Essener Rathaussaal, wo über die Schichtverkürzung verhandelt wurde, begann am 9. April, 10 Uhr vormittrags. Nach einer längeren Mittagspause wurde sie fortgesetzt und dauerte bis gegen 10 Uhr abends. Anwändig waren außer den Vertretern der Bergarbeiterverbände und des Bechenverbandes der Reichsarbeitsminister Gustav Bauer, der Essener Oberbürgermeister Dr. Luther, einige Vertreter des Handelsministeriums und der staatlichen Bergwerke. Nachmittags traf auch noch der Reichskommissar Karl Seeringer ein. Mit teilweise leidenschaftlicher Eindringlichkeit suchten die Vertreter nachzuweisen, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Mit derselben Eindringlichkeit hielten sich die Arbeitervertreter auf den gegenwärtigen Standpunkt. Lange wogte der Kampf hin und her, bis es zu einer Verständigung kam, die im folgenden amtlichen Bericht niedergelegt wurde:

„Die Konferenz kam nach eingehender Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter auf sechs Stunden im Interesse unserer Volkswirtschaft zurzeit unmöglich ist. Auf dringende Vorstellungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände, die der Meinung Ausdruck geben, daß ein Entgegenkommen in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung angeht, der schlechten Ernährungsweise und damit notwendig sei, haben die Vertreter des Bechenverbandes auf Einwirkung des Reichsarbeitsministers sich unter schwerwiegender Bedenken bereit erklärt, die siebenstündige Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter einschließlich Ein- und Ausfahrt zu bewilligen.“

Die siebenstündige Schichtzeit ist so zu verstehen, daß für jeden einzelnen Arbeiter die Schicht vom Betreten des Förderkerbes bei der Einfahrt bis zum Verlassen nach der Ausfahrt sieben Stunden beträgt und zwar unter entsprechender Regulierung der Abfahrtzeit, so daß diese ebenso wie die Schichtlänge wegen der Schichtverkürzung keinen Rückgang erfahren.

Durch diese Verkürzung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter besser gestellt als die englischen, denen, nach vorliegenden Berichten englischer Zeitungen, die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden erst ab 1. Juli d. J. und auch dann nur unter Aussicht der Ein- und Ausfahrt in Aussicht gestellt ist. Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage bleibt unverändert.

Die Frage, ob eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter sich ermöglichen läßt, soll einer weiteren Prüfung unterzogen werden. Zu diesem Zweck wird die Reichsregierung eine Kommission einsetzen, die aus Vertretern der Bergarbeiter, der Bechenbelegschaft und von der Regierung zu beruhenden Sachverständigen bestehen soll. Die Kommission wird die Aufgabe haben, festzustellen, ob eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit Sicherheit auf unsere Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt durchführbar ist.“

Die Bergarbeiterverbände werden daran drängen, daß die besagte Kommission so schnell wie möglich gebildet wird und ihre Arbeit beginnt. Budem haben sie bekanntlich gefordert, daß die Schichtstundentagszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt für jeden unterirdisch beschäftigten Arbeiter im Friedensvertrag für alle in Betracht kommenden Länder gesetzlich festgelegt werden soll. Da auch die englischen Bergarbeiter die Schichtstundentagszeit fordern und die Bergarbeiter der übrigen Länder sicher nicht zurückstehen wollen, besteht begründete Aussicht, daß dieselbe der Fortsetzung der Bergarbeiterverbände entsprechend im Friedensvertrag festgelegt wird. Gesticht ist, dann ist die Schichtstundentagszeit auch dauernd gesichert, was soviel nicht der Fall wäre.

Knappelschaftliche Forderungen bewilligt.

Die Verhandlungen über die knappelschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter führten am 10. April im Knappelschaftsvorstand zu einer Verständigung. Der Grundlohn wurde von 8 auf 10 Mark erhöht. Dementsprechend erhöhte sich das Krankengeld für den Ledigen von 4,80 auf 6 M., steigend bei Verheiraten um 1/2, für jedes Kind bis zu drei Kindern, so daß das Höchstkrankengeld 7,50 M. beträgt. Da nach der Reichsversicherungsordnung nur 75 Prozent des Grundlohnes als Spartakusgeld gezahlt werden dürfen, konnten höhere Sätze nicht festgelegt werden.

Zur Aufdeckung der Knappelschaften wurden bekanntlich dem Allgem. Knappelschaftsverein Bochum im Jahre 1916 vom Bergbauverein 4 Mill. Mark überwiesen. Aus dem Vermögen der Kassenabteilung C war diese Summe um 1 Million Mark erhöht worden. Aus derselben Abteilung wurde in der Sitzung am 10. April zur Verstärkung des Fonds noch eine weitere Million Mark bewilligt. Dadurch ist es möglich gemacht, die aus dem Fonds bisher gezahlten Zulagen für die Invaliden, Witwen und Waisen zu verdoppeln. Die Tenerungszulage beträgt demnach von nun an für Invaliden statt 8 M. 16 M. für Witwen statt 6 M. 12 M. und für Waisen statt 1 M. 2 M.

Die Vorstandssäle standen drängen darauf, die Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen um 20 Prozent zu erhöhen. Die Wertvertreter erklärten aber, daß die Belastung der Knappelschafts-Pensionskasse dies

nicht zulasse und daß sie eine Erhöhung der genannten Werte in ange- sichts der unsicheren Lage des Bergbaus nicht verantworten könnten.

Das Sterbegeld erhöht sich automatisch, weil basiert der 30fache Betrag des nun erhöhten Grundlohns maßgebend ist.

Es wurde erklärt, daß die weitergehenden Forderungen der Bergarbeiter jeg. Art durchgeführt werden könnten. Der Knappelschafts- mathematiker Direktor Dr. Zimmermann betonte, daß 1918 in der Krankenkasse ein Gehaltbetrag von 11 Millionen Mark vorhanden gewesen sei gegenüber 4½ Mill. Mkt. im Jahre 1917, während die Rücklage von 24 auf 19 Mill. Mkt. gesunken sei. Die Rücklagen an Krankengeldern hätten betragen im Jahre 1916: 10100000 Mkt. 1917: 14000000 Mkt. und 1918: 30500000 Mkt. Die Krankenfalle sei 1918 sehr hoch gewesen; es hätten gesiebt im Januar 60 Proz. im November 61 Proz. und im Dezember 60 Proz. Die Erhöhung des Grundlohnes von 8 auf 10 Mkt. möge eine Beitragserhöhung nötig. Voraussichtlich würden ungefähr 7 bis 8 Proz. zu erheben sein.

In der Pensionsklasse betrug das Vermögen Ende 1917 rund 217 Millionen Mkt., wovon dem Altersversicherungsverband 184 Mill. Markt zwischen, so daß nur noch ein Überstand von 33 Millionen Markt verbleibt, der sich noch durch die Altershaft währte während des Jahres 1918 verminderte. Auch sei im Hinblick auf die Kriegsfolgen mit der vorgezogenen Qualifizierung vieler Mitglieder zu rechnen, wodurch der Überstand bald ganz aufgebraucht werden würde.

Keine Sommerzeit.

Am 11. April wurde von der Nationalversammlung die Einführung der Sommerzeit mit großer Mehrheit abgelehnt. Wir haben die Einführung der Sommerzeit in vielen Eingaben und mündlichen Vorstellungen immer gefordert, aber bisher leider umsonst. Wir begrüßen es carum besonders, daß nun endlich unsere Forderungen entschieden, die Sommerzeit freiligt ist.

Streikabbruch befohlen.

Am 11. April fand im „Bochumer Hof“ in Bochum eine Vertragskonferenz unserer Verbände für das ganze Ruhrgebiet statt, in welcher in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 82 Stimmen folgende Entscheidung angenommen wurde:

„Die am 11. April in Bochum tagende Konferenz der Vertreter des Bergarbeiterverbandes des Ruhrkreises nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Organisationsvorstandes mit dem Bechenverband, der Reichsregierung und der Knappelschaftsverwaltung. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die unterirdische Beschäftigten Bergarbeiter berechtigt sind, die Einführung der siebenstündigen Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann zu verlangen. Sie erkennt aber an, daß der sofortige Verkürzung der Schichtzeit auf sechs Stunden schwere technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegenstehen und daß aus diesen Gründen die bisherige Erlangung der Verbandsleitung zu erklären ist. Die Konferenz billigt die Einführung der Verbandsleitung bei den stattgefundenen Verhandlungen und empfiehlt allen Verbandsmitgliedern, unter folgenden Bedingungen die Arbeit fortzusetzen auf-

1. Die siebenstündige Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann unter Fortzahlung der Faktoren Löhne wird sofort eingeführt;
2. die Reichsregierung beruft eine Kommission, die die Frage der Einführung der Schichtstundentagszeit prüft und gelegentlich Vorschläge macht;
3. daß eine bessere Versorgung des Industriebedarfs mit Lebensmitteln baldigst eintrete;
4. daß das Krankengeld im allgemeinen erhöht wird, so daß in der höchsten Lohnklasse bei drei Kindern ein Krankengeld von 7,50 M. täglich erreicht und damit das Sterbegeld erhöht wird;
5. daß die Tenerungszulage für die bedürftigen Reichseinvaliden, Witwen und Waisen zu verdoppeln ist.

Die Konferenz bringt der Verbandsleitung, daß sie nicht in der Lage sei, für die politischen Forderungen, die ein Teil der Streikteilnehmer aufgestellt hat, einzutreten, Verständnis entgegen. Sie ist der Auffassung, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter nur aus wirtschaftlichen Gründen in den Ausstand getreten ist und die Weiterführung des Streiks unter keinen Umständen verantworten kann. Alle Konferenzteilnehmer versprechen, mit allen Kräften für die sofortige Annahme der Arbeit einzutreten und auch dabei mithin zu wollen, daß die vom Zentral-Direktorat angekündigte weitere Verstärkung der Bergarbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln befähigt wird.“

Mit beinahe Dreiviertelmehrheit haben sich unsere Vertragsleute des Ruhrgebiets in namentlicher Abstimmung für den Streikabbruch erklärt unter den in vorstehender Entschließung angeführten Bedingungen. Sie haben damit auch die spartakistische Gewalttätigkeit abgelehnt. Das ergab übrigens auch die teilweise leidenschaftlich bewegte Aussprache. Ein Vertragsmann aus dem Bezirk Recklinghausen sagte unter großem Beifall: „Die ehemals gelben und unorganisierten Krieger, Schleimer und Speckeldecker, die das Verbündetkreuz für Nebenschichten erhalten haben, sind jetzt die radikalsten Schreier in den Versammlungen; sie fordern die Schichtstundentagszeit auf, um später noch mehr Nebenschichten verfahren zu können.“

So ähnlich sprachen sich auch noch viele andere Vertragsleute aus. Ein Vertragsmann aus dem Oberhausen-Bezirk schillerte, wie dort 18 Familien vor der spartakistischen Gewalttätigkeit flüchten mußten. Ein fröhlicher Führer der katholischen Fachhobeleiter sei jetzt Spartakistführer und habe ihm erklärt: „Wir wollen alles vernichten, dann wandern wir nach Rußland aus. Falls keine Eisenbahn mehr fährt, wandern wir zu Fuß und wenn auch Weiber und Kinder dabei auf der Strecke bleiben.“ Es ist selbstverständlich, daß sich der besagte Teil der Bergarbeiter mit wachsender Empörung von solchen spartakistischen Gewalttätern abwendet und den Tag der Freiheit herbeisehnt. Unter allseitigem Beifall wurde ferner geschildert, wie lediglich die spartakistische Gewalttätigkeit die meisten Arbeiter von der Arbeit fernhielt und den Einmarsch des Militärs verursacht habe. Dieser Gewalttätigkeit muß ein Ziel gesetzt werden. Das sollte Witze müssen das höchste Gesetz sein und bleiben.

Für oder gegen Schichtensicht.

Hierzu veröffentlicht Kamerad Otto Hue folgenden beachtenswerten Artikel:

Nach der Mitteilung eines Brüders hat der Abg. A. Hoenen (Halle, II. S. P.) kürzlich in einer Versammlung in Essen erzählt, daß hätte sich in einer Belegschaftsversammlung von Shamrock 1/2 für die Schichtensicht ausgesprochen, am gleichen Tage aber in einer Belegschaftsversammlung von Friedrich der Große anders gesprochen, hier die Belegschaft von Shamrock sogar für „verellet“ erklärt. Wenn sich Herr Hoenen nur einen Augenblick davon erinnert hätte, gegen welche Abschlußsatzes er sich in Weimar als Streikleiter wehren mußte, dann wäre er vielleicht den gegen mich infizierten Schwindel nicht weiter verbreitet haben. Ich habe mich liberal, wo ich danach befragt wurde, für die Schichtensicht der Untertagearbeiter als die unaufliebliche Folge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der schwieriger gewordene Untertagearbeit ausgesprochen! So auch in der Belegschaftsversammlung von Shamrock. Nur darin weicht ich von den neu geborenen Schätzungen „Sozialpolitikern“ ab, daß ich die stufenweise Einführung der Schichtverkürzung vorschlage, damit wir die Betriebe ordentlich für das Bierschichtenystem (3 Bierschichten, 1 Reparaturschicht) einrichten können und keinen weiteren Fördererfolg haben. In England, wo zum Teil schon die 7½-stündige Schicht existierte, hat man sich geeinigt, ab 1. Juli den Siebenstunden-, im Laufe des nächsten Jahres den Sechsstundenstag für die Untertagearbeiter einzuführen. Das glaube bei uns auch; aber wer das vorstellt, wer nicht „sofort“ die größte Schichtverkürzung für volkswirtschaftlich nötig hält, der wird als „Kapitalistenfeind“ verstoßen.

In der erwähnten Belegschaftsversammlung wurde von einem Begentat vorgeschlagen, wenn gestreikt würde, dann die Notarbeiten im Revier 4 grässlich ein Grubenbrand machen zu lassen. Dagegen legten die Ausgegängten stürmisch los, das wollten sie nicht. Dieses Verstoßen von Notarbeiten auf Erhaltung der Betriebe habe ich in der Begentatkonferenz von Friedrich der Große als eine Verelletheit bezeichnet, nicht die Schichtensicht, und fand keinen Widerspruch. Denn wenn man schon einmal die Gruben sozialisieren will, dann läßt man sie doch nicht zu Brüche gehen. Der Meinung ist doch wohl auch Herr Stoenen-Halle.

Vor wenigen Monaten nach hätten solche wirklich sozialistischen Freunde und Vorschläge eine sachliche Besprechung erfahren. Augenblicklich ergiebt der größte Weißfall bei den durch die Jahre lange Untererörterung erblittenen Leuten, wer sich um die tatsächlichen Verhältnisse am wenigsten kümmert. Alle anderen sind „bestoßen“, „Kapitalistenfeinde“, „Stimmenfreunde“, „Blutbunde“, sind „rote Männer“, „Streiber nach Ministerien“, „verräterische Führer“, „Gewerkschaftsbößen“ und wie die Schmeidelsationen sonst noch laufen. Jedes, die so reiten schnell! In den Besprechungen mit Belegschaftsräten mache ich auch die Erfahrung, was für einen sehr schweren Stand diese Kameraden haben. Sie sind verpflichtet, sich sorgfältig um den Stand des Werkes zu kümmern und erfahren dadurch, daß die Lage eine trübselige ist, die Förderung zurückgeht. Berichten sie über das der Belegschaftsrätemeeting als ehrlich Männer, dann hören sie den Schrei: „Wir sind auch bestoßen! Verstoßen mit dem Rest!“ Wir ist eine Fehl bekannt, wo seit Ende Januar schon viermal ein Wechsel von Begentaten stattfand! Wie lange noch, dann ist kein Kamerad mehr bereit, als Begentat zu fungieren. Die Begentate werden viel schneller verbraucht wie die „alten Führer“. Das könnte für die „Gewerkschaftsbößen“ eine Benutzung sein, aber wer es ehrlich mit der Arbeiterschaft meint, der muß doch nur bedauern, daß sie in dieser unglücklichen Weise gegen ihre eigenen Fleisch und Blut wütet. Auf die einzelnen Personen kommt es nicht an. Was liegt an Hinz oder Kunz, an Schulze oder Müller; wohin aber kommen wir, wenn jeder, der nicht so mutmaßt, wie der Wind gerade steht, deswegen zum „bestoßenen Rest“ gekennzeichnet wird. Dadurch werden unmöglich Streiber großgezogen, und wirklich tüchtige Belegschaftsvertreter verzögert auf die Wahl. Über auch von denen, die sich heute als die überradikalsten Führer vorstellen, auch von ihnen, die sich das Wort: „Erst Hosanna, dann: freudige Ida!“ Gente noch auf stolzen Rosen...“ Es gibt eben immer noch Radikale. Das wird sich zeigen.

Augenblicklich soll die Schichtensicht eingeführt werden. Kein „Gewerkschaftsböß“ ist gegen die Schichtensicht für Untertagearbeiter. Aber weil die „alten Führer“ die stufenweise Schichtverkürzung vorschlagen, deshalb „Lumpen und Verräte!“ Gute der radikalsten „Unabhängigen“, der ehemalige Volksbeamte Emil Barth (Berlin) öffentlich gegenüber den Kommunisten:

„Wir wollen ein großzügiges Haus bauen, in dem ich jeder wohl fühlt, aus dem keiner traurig ist zu ziehen. Wir haben den Achtfundstag eingeführt, da ruft die „rote Fahne“ (kommunistisch) schon nach dem Siebs- und Fürstendienstag. Das ist Nonsense! In vielen Betrieben ist schon der Achtfundstag nur mit den größten Schwierigkeiten durchgeführt worden... so geht es auf keinen Fall, daß die Arbeiter sagen: „Was kümmern uns die anderen. Wir sorgen für uns.“ Das ist kein Kampf mehr gegen den Kapitalismus, sondern das ist der Kampf gegen die sozialistische Republik.“

So wandte sich der radikal unabhängige Vorsteher Barth gegen die demagogischen Treibereien, die den Achtfundtag einfach als „Nonsense“ bezeichnen, und betont nachdrücklich die Rücknahme aus die Allgemeinität. Lauter war die „Gewerkschaftsbößen“ auch, indem sie auf den immer ärger gewordenen Kohlemangel hinweisen, der uns die anstreitende Leninschlacht aus dem Auslande tatsächlich erschöpft! Aber keiner der „alten“ Verbandsführer ist gegen die Schichtensicht und ihre gesetzliche Festlegung! Nur wenn es gleichzeitig ist, was werden wird, oder wer nicht weiß, in was für einer entsetzlichen Lage unter Wirtschaftsführern schon ist, der kann den treuherigen Mut haben, Kameraden, die aus tiefer Sorge um das Proletariat ihre ehrliche Überzeugung aussprechen, „Lumpen“ und „Verräte“ zu nennen.

Bei mir sind schon zahlreiche Briefe und auch Belegschaftsvertreter gekommen, um mich zu fragen: Wie kommen wir aus dem zerstörenden Wirtschaft heraus? Die Kameraden sagten mir, sie müßten, daß wirrettungslos dem Nachteil zugutreden würden, wie jedoch das in den Belegschaftsversammlungen sage, „wird heruntergeholzt.“ Einstimig wurde zwar der Streik beschlossen, indessen, schon auf dem Nachhauseweg frügten sich die Versammlungsteilnehmer niedergeschlagen, was wohl „aus der Gesichts“ werden wird. Jetzt heißt es: „Schichtensicht nur für Untertagearbeiter“ oder es liegen mir auch Berichte vor, wonach die Ober Tagearbeiter die Schichtensicht beanspruchen! Darauf ist auch bereits in Belegschaftsversammlungen erlaubt worden, wenn nämlich die Untertagearbeiter nur fünf- oder vierstündig sind! Nach einem Bericht hat einer der „neuen Führer“ erklärt, die „nächste Röderung“ sei der „freie Samstag“. Und so wird die Schande weiter gedeckt von Personen, die in diesem Falle ganz genau wissen müssen, wie das Ende ist.

Mit Recht hat der unabhängige Vorsteher Emil Barth ergriffen: Das ist kein Kampf mehr gegen den Kapitalismus, sondern das ist der Kampf gegen die sozialistische Republik“.

Jetzt drohnen die Verbandsführer-Soldaten wider von den ältesten Kampfsoldaten gegen die Regierung Ebelt-Schmidmann. Man will die halbwüchsigen Proletarien zusammenschaffen, wenn „eine andere Regierung“ käme, dann versteckt sich die Not. Das ist immer noch der simple Glanz an die Wahrnehmung einer hohen Regierung“! Als wenn irgend eine „andere Regierung“ sei, und sei es auch die „Räteregierung“, der durchdringenden Menschheit die Rettung vor dem Untergang bringen könne, wenn sie sich nicht selbst rettet durch produktive Arbeit! Was immer für eine Regierung“ da ist, ohne systematische Ausnutzung unserer Produktionskräfte, geht jede Gesellschaft, auch die kommunistische, elend zugrund!

Der russische Volksführer Lenin selbst hat dies ausgesprochen in seiner geschwadischen Rede über: „Die nächstliegenden Anfagen der Sowjet-Macht“! Dort beantragte er: 1. Die Biedereinstellung der abgelegten Betriebsleiter mit hohen Gehältern; 2. Die Einführung einer strengen Disziplin (eigene Disziplin während der Arbeit, mit dem widersprüchlichen Gehorsam dem Willen einer einzelnen Person), fordert Lenin; 3. Einführung des Akkordsystems; 4. Anpassung der Löhne an die Produktionsbedürfnisse; 5. Organisierung des Wertedemokratis. Diesen Vorstöße summierte der älteste Russische Politologe der Räte zu:

Lenin ist zu seinen Vorstößen gekommen angeknüpft des ungeheuren Produktionsrückgangs in England, der rüttende Steigerung der Betriebskosten und dadurch der Staatszuschüsse. Der eingerissenen Anarchie in der Industrie soll Einhalt getan werden — wenn es noch gelingt.

Auch in der sozialistischen Räterepublik Russland wird Arbeitsdisziplin, nach ein rentabiles Betriebssystem verlangt als Schutz gegen wütigen „Zulassung“ kommt dann ein sozialistische Räte gegen eine „Regierung Haase-Seebour“ oder eine „kommunistische Räte“ regierung“ den Bergleuten und Fabrikarbeitern die jetzt von „aller-

radikalster“ Seite erhobenen Forderungen bewilligen können? Das wird zwar heute in Versammlungen als „selbstverständlichkeit“ bezeichnet, aber die Ausführung ist etwas ganz anderes. Außerdem, wer das ehrlich ausdrückt, der soll ein „Lump“ und „Verräte“ sein.

Vor kaum Jahresfrist noch haben sich die „alten Führer“ die größte Mühe gegeben, die Belegschaften von dem Ideal des armen Arbeiterschichtensystems abzuwenden. Und heute erkennen wir unter den Leuten, welche die „alten Führer“ beschimpfen, weil sie die stufenweise Einführung der Schichtensicht vorstolzen, solche, die damals 35 bis 40 und sogar mehr Schichten im Monat machten! Dieses enorme Unternehmen ist also plötzlich bekommen. Daran frage ich jetzt die ganze Arbeiterschaft. Hätten die „Kommunisten“ sich vor „sofort“ auf unsere Seite gestellt, dann brauchten wir uns höchstwahrscheinlich jetzt nicht mehr um die Einführung der Schichtensicht zu streiten.

Russische Erfahrungen mit dem Rätesystem

Zu der bolschewistisch-spartakistischen Forderung, den R. und S. Räten alle Macht zu geben, wird dem „Vorwärts“ vom 6. April von einem Sozialisten über die Erfahrungen der russischen Sovjetregierung mit dem Rätesystem geschrieben:

1. Räte als Revolutionssatz für Demokratie.

Als in den Jahren 1905 und 1906 nach dem ungünstlichen Ausgang des russisch-japanischen Krieges die Flammen der Revolution in Russland emporstiegen, hatte das Land so kaum wie keine Parteiorganisation und Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterschaft, wenn wir den west-europäischen Maßstab anlegen. Es galt, für die Revolution möglichst Motororgane zu schaffen. Wie hätte sie sich in den Großstädten des Landes, mehr noch in den kleineren Orten und auf dem Land eingesetzt und halten sollen, wenn sie nicht ganz rasch die wenigen Männer, die der zentralen Macht bekannt und mit ihr in Verbindung waren, zusammenfaßte und ihnen ein mehr oder weniger großes Maß von Selbständigkeit politischer Macht gab? Alle Voraussetzungen für ein anderes Verfahren fehlten. Die Revolution konnte sich auf große und leistungsfähige wirtschaftliche Verbände mit geordneten Mitgliedschaften und gefüllten Räten noch auf politische Vereine und Verbände stützen, die dem Volk, auch den der Revolution feindlich gesinnten Bürgertreuen, bekannt und vertraut gewesen wären.

In der Zeit zwischen den beiden Revolutionen, nach einem Jahrzehnt, hat sich politisch in Russland mancherlei verändert. Über zu Arbeitersorganisationen, die auch nur etwa die Beden an der Kaiserlichen und serbischen, geschweige denn der deutschen und englischen, für ihre Länder gehabt hätten, ist es auch in dieser Zeit nicht gekommen. Die sozialistischen Räte des russischen Volkes waren in Gruppen und Gruppchen gereiht, die einen breiten Brüderungskampf kämpften, die Gewerkschaften blieben im wesentlichen an einige Industriezentren beschrankt und von geringer Bedeutung.

Wenn man heute in Deutschland mit dem Rätesystem die Krone der revolutionären Taktik und das Normalschema für revolutionäre Vorgänge erblitten will, so verfügt man einer tatsächlichen Freiheit. In einem Lande, in dem vollkommen Demokratie herrscht, und das über starke politische und sozialistische Arbeiterschaftsorganisationen verfügt, braucht man das vorhandene Gute nicht durch einen Ersatz verdrängen, wenn man auch noch so „revolutionär“ antreibt.

2. Russische Erfahrungen.

Die Erfolge des Rätesystems in Russland liegen nicht zur Nachahmung. Die Räte sind das Mittel zur Diskipline einer kleinen Minderheit geprägt, die sich mit den Machtmitteln und Handgranaten einer zum Teil leidenschaftlichen Soldateska an der Herrschaft hält. Weder die innerpolitischen noch die außenpolitischen Verhältnisse sind unter dem Rätesystem zu Ruhe und Stärke gebracht, kommen, die Wirtschaft und der Verkehr sind vollkommen niedergeschlagen. Lenin sagt in seiner Schrift über die nächsten Maßnahmen der Sowjetregierung, daß Rusland für den von ihm programmatisch gestellten Kommunismus „nicht reif“ sei. Tie von ihm angestrebte Wiederherstellung des Wirtschaftslebens macht einschneidende ökonomische Maßnahmen zur unabdingten Voraussetzung. Von solchen Maßnahmen führt es namentlich an:

1. Wiedereinführung der Arbeiterschaft in den Fabriken und im Handwerk.

Das ist ein radikaler Bruch mit seiner Theorie, wonach nur der Zivilist, und zwar der gleiche Zivilist: für alle Arbeiter und für Arbeit jeder Art zulässig sein sollte. Aber von der Einführung der Arbeiterschaft, d. h. von der Bevorzugung des fleißigen und tüchtigen Arbeiters vor dem unlässigen oder untüchtigen erwartet Lenin noch nicht genug zum Wiederaufbau der Arbeit; er fordert das ja

2. Auftretens von Spezialisten für den Arbeitssatz, einerseits ob es Russland des Ausländer ist. Diese „Spezialisten“ für den Produktionsprozeß sind wie in Deutschland die Vorarbeiter, die Meister, die technischen und kaufmännischen Betriebsleiter, die der russische Kommunisten im Überschwang seiner Gefühle anfangs nicht etwa nur theoretisch abgelehnt, sondern vielmehr einfach vorgeschlagen hat. Solche „Spezialisten“ ist Lenin bereit, Gehälter von 25 000 bis 100 000 Rubel zu zahlen, d. h. er will ihnen ein wertvolles von dem geben, was selbst bei der proletarischen „Fabrik“ für Handarbeit, die aus Angst und gemäßigter Arbeit zu verhindern ist.

Und nun fragen wir: Müssten wir in Deutschland schon überzeugt werden, daß es durch alle Ringer und Werter des vollständigen Zusammenbruchs hindurchein, um endlich eines Tages auch zu erkennen, wie Trotski und Lenin erkannt haben, daß wir mit den Arbeiterschaften des Rätesystems auf einem falschen Wege waren? Ist es nicht auch für uns Zeit, uns auf die Notwendigkeit eines organischen Weiterbaues des Proletariats zu befreien, auf den unsre ganze politische Tätigkeit von Menschenmännern gerichtet war?

4. Der letzte Grund.

Zum letzten Grunde liegt dem Auf nach den Räten die Befürchtung zugrunde, daß die Umsetzung sich auf das volkische Gebiet beschränkt, das vorläufige kann beruhren werde. Was hat, so fragt man, die Revolution für den Arbeiter zu bedeuten, der nach wie vor in dem Vorkriegsstaat wesentlich für andere arbeiten müsse, denn die Trennung von den Produktionsmitteln die Aussicht auf eine Befreiung seiner eigenen Lage und die Zukunft seiner Kinder raubt? Ganz recht. Es kommt darauf an, was von Trotski gebrachte Bild wieder zu verwenden, um Anrede gerüstet der politischen Umwidigung das Fleisch und das Blut einer sozialen Verordnung umzulegen. Vor dieser Aufgabe sehen wir uns gestellt und an ihrer Lösung arbeiten unsere besten Kräfte innerhalb und außerhalb der Regierungen. Aber sie arbeiten, was sie sich von den ungeduldigen Drängen überleben, ganz sicher heimlich ausnahmslos unterschätzt wird, unter den deutbar ungünstigsten Bedingungen. Krieg und Krawall haben uns ein politisch-ökonomisches Drama hinterlassen. Schon der bloße Wiederaufbau im Rahmen der alten Ordnung wäre eine gewaltige Leistung gewesen.

Der Wiederaufbau unter gleichzeitiger Wiederbefreiung der kapitalistischen Wirtschaft in eine wesentlich sozialistische ist ein gigantisches Unternehmen. Dazu müssen wir nicht nachdringend mitgeholzen, hat sie sich beinahe ausnahmslos unterschätzt wird, unter den deutbar ungünstigsten Bedingungen. Krieg und Krawall haben uns ein politisch-ökonomisches Drama hinterlassen. Schon der bloße Wiederaufbau im Rahmen der alten Ordnung wäre eine gewaltige Leistung gewesen.

Der Wiederaufbau unter gleichzeitiger Wiederbefreiung der kapitalistischen Wirtschaft in eine wesentlich sozialistische ist ein gigantisches Unternehmen. Dazu müssen wir nicht nachdringend mitgeholzen, hat sie sich beinahe ausnahmslos unterschätzt wird, unter den deutbar ungünstigsten Bedingungen.

Was man so schmerzlich in Deutschland vermisst, ist in allen Erörterungen dieser Fragen ein ratsig abwägendes, klares, gewissenhaftes, gezieltes Denken. Ganz die alten Kämpfer haben sich über den „willens gloriosus“, den Beamten, den renommierten Krieger in der Armee befindet; der endlose und furchtbare Krieg hat die Gefahr des militärischen Genossen mit sich gebracht, zu dem der schwärmende Held der militärischen Schlachten in einem erstaunlichen Begegnung steht. Aber auch selbst der renommierte Soldat ist noch eine hundertfache Figur, verglichen mit dem ökonomischen Krieger, der gestern noch als gelber Speichelstrudel vor seinen Meistern und Unternachern stand, heute aber mit erstaunlicher Weitwirkung um sich wirkt, wie die Sozialisierung nach seiner Meinung nicht rasch genug vor sich geht.

Man sollte diesen Kollegen, die aus den besten Betrieben der Arbeiterschaft bestehen, aber die nötigen sozialistischen Kenntnisse nicht besitzen, können nicht einen einzigen Techniker, der eine Fachschule durchgemacht hat und weiß, wie man die gegebene Spezialität machen muss, et cetera. Die Überbeweisung an Kauzschichtlichkeit, die bei uns im Russland auf allen Gebieten zu beobachten ist, erscheint als die politisch natürliche Reaktion einer jungen revolutionären, gestern noch unterdrückten Klasse, die die einzelnen persönlichen Initiative der gestrengen Götter, Herren und Kommandeure besiegt und überall ihre gewohnten Betriebe feststellt. Aber dies ist nicht das legitime Werk des wirtschaftlichen Staates der proletarischen Kaste. Der zweite Schritt muss noch der Stoppunkt der Arbeit kontrolliert und daß sie nur nach ihrem Arbeitsertrag bezahlt werden soll.

Wenn man diese drei Maßnahmen der Arbeiterschaft, die Lenin so warm empfiehlt und als unabdingt notwendig für den Wiederaufbau der durch ihn und seine Freunde vollständig zerstörten Wirtschaft bezeichnet, dann ist wohl die Frage erlaubt, ob es nicht zweckmäßiger ist, die Wirtschaft eines Volkes nicht erst zugrunde zu rütteln, um sie später wieder aufzubauen zu müssen.

Man soll auch nicht meinen, daß Lenin etwa mit dieser Ansicht von der Notwendigkeit des individuellen Anteiles, der Verdienst, der Disziplin in der Wirtschaftskraft allein steht. Genau so denkt und spricht Trotski in seiner Rede über Arbeit, Disziplin und Verdienst, die, wie das vorstehend erwähnte Leninische Das, in deutscher Übersetzung erschienen und eben zur Räderung zugänglich ist. Er ist ja jetzt ausdrücklich:

„Die gewählten Kollegen, die aus den besten Betrieben der Arbeiterschaft bestehen, aber die nötigen sozialistischen Kenntnisse nicht besitzen, können nicht einen einzigen Techniker, der eine Fachschule durchgemacht hat und weiß, wie man die gegebene Spezialität machen muss, et cetera. Die Überbeweisung an Kauzschichtlichkeit, die bei uns im Russland auf allen Gebieten zu beobachten ist, erscheint als die politisch natürliche Reaktion einer jungen revolutionären, gestern noch unterdrückten Klasse, die die einzelnen persönlichen Initiative der gestreigen Götter, Herren und Kommandeure besiegt und überall ihre gewohnten Betriebe feststellt. Aber dies ist nicht das legitime Werk des wirtschaftlichen Staates der proletarischen Kaste. Der zweite Schritt muss noch der Stoppunkt der Arbeit kontrolliert und daß sie nur nach ihrem Arbeitsertrag bezahlt werden soll, dem Spezialisten, dem man eine größere Verantwortung aufzuerlegen muss, den Platz einzuräumen. Aber es ist notwendig, dem Fachmann die Möglichkeit einer freien Tätigkeit, einer freien Schaffung zu geben, weil sein einziger legitimer Fähiger, begabter Kaufmann auf seinem Gebiet arbeiten kann, wenn er bei seiner Arbeit einem Kollegen von Menschen, die dieses Gebiet nicht kennen, untergeordnet ist. Diejenigen, die dieser Fähigkeit haben, zeigen unheimlich ein tiefs innenes Menschenverstand besitzen, um das anzukennen.“

Man wird zugeben müssen, daß über die wirtschaftliche Seite des Rätesystems nicht genug zu schreiben ist, um die verschiedenen Charaktere von Betriebsorganisationen, auf den Schiedsstrafe unter Differenzen zwischen den Verbänden der Räte und der Fabrikarbeiter, auf die Errichtung von Arbeiterschaftsräten und die Aufstellung von Gewerkschaftsräten, auf die Maßnahmen und auf das Management eines Sekretärs in der Generalversammlung.

Außerdem erörtert die finanzielle Lage der Generalversammlung und die wachsenden Ausgaben derselben, die auch bei den günstigen Aussichten

wollen; er warnt im Gegenteil ausdrücklich hervor, daß, was in der Vergangenheit an Kenntnissen und Erfahrung fehlt, was allein in den bisherigen Spezialisten lebt, wegzuwerfen. Sein strenges Urteil leitet er aus der Erfahrung ab, indem er feststellt, daß viele Mitglieder der Arbeiterschaft, die in verschiedenen Vereinen und Organisationen arbeiten, sich zu einer organischen, schöpferischen und nachdrücklichen Arbeit und zu einer geistigen Arbeit gezeigt haben. Es kommt aber, so führt er fort, gerade daraus ein Maximum an Gewissenhaftigkeit, Pflichterfüllung und Schaffensfreude zu entstehen. Wenn die Arbeiterschaft das nicht von sich einsehen würde, so droht er ihnen in der Arbeitsgerichtsbarkeit, die alle die an den Pranger stellen sollen, die ihre Verpflichtung nicht erfüllen, Material entzünden, unethisch damit umzugehen oder während der Arbeitszeit faulenzen.

3. Militärisches.

Hat sich damit nach dem Urteil von Lenin und Trotski auf dem wirtschaftlichen Gebiet das Rätesystem nicht als leistungsfähig erwiesen, so will ihm Trotski auf dem militärischen Gebiet noch weniger Existenzberechtigung einräumen. Er spricht die Worte aus, die sich als diejenigen erweisen sollen, welche heute mit dem Schreien über eine drohende militärische Gegenervolution die Abfälle der Arbeit in Deutschland zu verhindern suchen.

